

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schneider, Mick, Geisenhofer, Kiechle, Dr. Prassler, Gerster (Mainz), Orgaß, Niegel, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Wittmann (München), Biehle und Genossen

betr. Vollzug des Städtebauförderungsgesetzes

Das Städtebauförderungsgesetz ist am 1. August 1971 in Kraft getreten. Seitdem ist ein hinreichend langer Zeitraum verstrichen, um über erste Erfahrungen aus der Anwendung dieses Gesetzes berichten zu können. Über eine auch für die Parlamentsarbeit notwendige Erfolgskontrolle hinaus ist dabei insbesondere die Frage von allgemeinem öffentlichen Interesse, wie sich die besonderen bodenrechtlichen Vorschriften bisher in der Praxis bewährt haben, da beabsichtigt ist, die Instrumentarien des Städtebauförderungsgesetzes auf das gesamte Bau-recht zu übertragen.

Um die kommenden Beratungen zur Reform des Bau- und Bodenrechts zu versachlichen und auf gesicherte Erfahrungsgrundlagen zu stellen, fragen wir die Bundesregierung:

1. In welchem Umfang und mit welchem Finanzierungsvolumen haben nach den Feststellungen der Bundesregierung bisher Gemeinden Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz eingeleitet bzw. durchgeführt; wie hoch war dabei im Durchschnitt der Anteil des Bundes, des Landes und der Gemeinden?
2. Haben sich die Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes, die eine verstärkte Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung an der gemeindlichen Planung vorsehen, bewährt und liegen der Bundesregierung dazu ausreichende Erfahrungsberichte, aufgeteilt nach den verschiedenen Größen der Städte und Gemeinden, vor?
3. Inwieweit haben sich Anregungen und Vorschläge der beteiligten Bevölkerung auf die gemeindliche Vorbereitung und die Festlegung der Sanierungs- bzw. Entwicklungsbe-reiche, auf die Gestaltung des Bebauungsplans und auf die Durchführung der Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ausgewirkt?
4. Konnten jeweils die Anregungen und Vorschläge der beteiligten Bevölkerung, die gemeindlichen Planungsabsichten sowie die regionalen und überregionalen Planungsvorstellungen in Übereinstimmung gebracht werden, bzw. welche Schwierigkeiten standen diesem Ziel hauptsächlich im Wege?

5. Mit welchem Erfolg haben die Gemeinden einen Sozialplan für die Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgestellt und wie bewährten sich dabei die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes?
6. In welchem Umfang, aus welchen Gründen und mit welchen Folgen (einschließlich der Entschädigung) mußten nach den Feststellungen der Bundesregierung zur Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen Abbruch-, Bau- oder Modernisierungsgebote erlassen werden?
7. Wie häufig, aus welchen hauptsächlichen Gründen und mit welchem Ausgang haben bisher Entscheidungen der Planungsbehörden zur Vorbereitung, Festlegung und Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zu Rechtsstreitigkeiten geführt?
8. In welchem Umfang mußten die bisherigen Grundeigentümer ihr Grundeigentum an die Gemeinden bzw. an die Sanierungs- oder Entwicklungsträger abgeben?
9. Auf welche Weise haben sich bisher das gemeindliche Verkaufsrecht und das Enteignungsrecht nach dem Städtebauförderungsgesetz fördernd auf die Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ausgewirkt?
10. In welchem Umfang sind „Ergänzungsgebiete“ förmlich festgelegt worden?
11. In welchem Umfang und auf welche Weise haben die Gemeinden von der Privatisierungs- und Reprivatisierungspflicht Gebrauch gemacht?
12. Waren die Gemeinden überwiegend selbständig in der Lage, geplante Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen vorzubereiten, festzulegen und durchzuführen, bzw. welche Schwierigkeiten standen ihnen in diesem Zusammenhang besonders im Wege?
13. In welcher Höhe konnten die Gemeinden Ausgleichsbeträge aus der durch die Sanierung bedingten Erhöhung von Grundstückswerten einziehen bzw. welche Schwierigkeiten standen der reibungslosen Anwendung der §§ 41, 42 Städtebauförderungsgesetz besonders im Wege; ist die Faustregel zutreffend, daß etwa ein Viertel der Ordnungskosten den Gemeinden durch die Ausgleichsbeträge zurückfließt?
14. Welche Auswirkungen hatten Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen im einzelnen auf bestehende Miet- und Pachtverhältnisse sowie die weitere Mietpreisentwicklung?
15. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung aus der Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes bei der Vorbereitung der Novellierung des Bundesbaugesetzes berücksichtigt?

Bonn, den 13. April 1973

Dr. Schneider
Mick
Geisenhofer
Kiechle
Dr. Prassler
Gerster (Mainz)
Orgaß
Niegel
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Wittmann (München)
Biehle
Dr. Czaja
Erhard (Bad Schwalbach)
Ferrang
Dr. Fuchs
Gerlach (Obernau)
Dr. Kempfner
Freiherr von Kühlmann-Stumm
Link
Löher
Dr. Müller (München)
Nordlohne
Roser
Sauer (Salzgitter)
Schedl
Frau Schleicher
Schmöle
Schmidhuber
Dr. Schulze-Vorberg
Spranger
Graf Stauffenberg
Wagner (Günzburg)
Dr. Waigel
Dr. Warnke
Ziegler
Dr. Zimmermann
Zink